

Brüssel, 20. Januar 1978

VORTRAG VON HERRN BRUNNER
AUF DEM FDP-NEUJAHRSEMPFANG IN DARMSTADT
AM 20. JANUAR 1978

"1978 : EIN JAHR DER BEWÄHRUNG"

Für die Liberalen in Deutschland und in Europa wird 1978 ein Jahr der Bewährung. Wir können ihm hoffnungsvoll entgegengehen. Nicht weil die Dinge leicht sein werden. Das Jahr wird nicht bequem. Wir werden politische Hürden zu nehmen haben. In den Landtagswahlen, bei den Wahlen in Frankreich, in Italien, vielleicht in Grossbritannien.

Auch die wirtschaftliche Lage ist nicht nur rosig. Zugegeben, den anderen Europäern geht es schlechter als uns. Das ist aber ein schwacher Trost. Auch wir haben in den letzten zwölf Monaten nicht alles erreicht, was wir uns vorgenommen haben. Die Konjunktur hat sich schlechter entwickelt als wir dachten. Auch 1978 wird es keinen rasanten Aufstieg geben, wir können allenfalls auf stetigen Ausbau hoffen.

Aber gerade in Krisenlagen zeigt sich die Substanz der Parteien. Und deshalb bin ich zuversichtlich. Es wird sich 1978 zeigen, dass die Liberalen die einzigen sind, die ein Konzept haben und den Mut und die Ausdauer, zu ihren Prinzipien zu stehen.

Nur: Werden sich unsere Vorstellungen von der freiheitlichen Wirtschaft durchsetzen? Wird es gelingen, den Unternehmern neuen Mut zu geben zum Investieren, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die strukturellen Probleme, die wir nur mittelfristig lösen können, in diesem Jahr 1978 energisch anzupacken, unsere zurückgebliebenen Branchen wieder konkurrenzfähig zu machen? Ich wiederhole, 1978 wird nicht rosig sein.

./...

Es ist ein Gebot der Klugheit, die weltwirtschaftlichen Wetterlagen sorgfältig zu beobachten. Wir sollten aber nicht überall nur Sturmwolken sehen. In verschiedenen Mitgliedstaaten gibt es auch Anzeichen für eine Umkehr der nach unten gerichteten Trends. Vor allem in Deutschland ist eine Belebung der Nachfrage zu erkennen. Aber auch in Frankreich und in Grossbritannien schreitet man jetzt wieder häufiger zur Kasse. Italien, seit etlichen Jahren Problemland der Gemeinschaft, hat trotz politischer Schiefelage einen Überschuss in seiner Zahlungsbilanz erwirtschaftet : ein bemerkenswerter Erfolg der zurückgetretenen Regierung Andreotti. Auch Grossbritannien kann beachtliche Stabilisierungserfolge verzeichnen. Das Nordseeöl sprudelt jetzt reichlich. Das kommt der Zahlungsbilanz zugute, die schon 1977 mit einem Plus abgeschlossen hat.

Was uns am zuversichtlichsten stimmt, ist die Entwicklung an der Preisfront. Der rasante Preisauftrieb hat sich deutlich verlangsamt. Deutschland hatte 1977 die niedrigste Inflationsrate seit 1970. In diesem Jahr wird sich die Preisbewegung wohl weiter beruhigen. Die Vorzeichen sind nicht ungünstig. Die Mineralölpreise bleiben zunächst stabil. Andere Rohstoffe sind billiger geworden.

Erfolge bei der Inflationsbekämpfung sind vielleicht kein Patentrezept für baldige wirtschaftliche Genesung. Aber sie sind die unerlässliche Voraussetzung für eine Tendenzwende auch auf dem Arbeitsmarkt.

Leider lassen sich die aufgetürmten Probleme der Vergangenheit nicht im Handumdrehen beiseite räumen. Die einzelnen Stabilisierungserfolge sind wichtig. Aber der Kampf um wirtschaftliche Stabilität und Wachstum ist in einer integrierten Weltwirtschaft nicht mehr im Alleingang zu gewinnen. Er ist nicht einmal mehr allein eine Angelegenheit der Industriestaaten.

Die Länder der Dritten Welt sind zunehmend Akteure auf der Weltwirtschaftsbühne. Dadurch sind die Dinge nicht einfacher geworden. Mit ihren günstig produzierten Waren drängen sie auf die Märkte. Bei Textilien, sogar schon bei Stahl und in anderen Bereichen haben sie deutliche Produktionsvorteile. Das sind Märkte, die die alten Industrieländer für ihre angestammte Domäne halten. Die neuen Wettbewerber verschärfen in den Industrieländern die Beschäftigungs- und Strukturprobleme. Doch die Entwicklungsländer verhalten sich widersprüchlich. Mit ihren Rohstoffen versuchen sie ausserhalb der Prinzipien des Freihandels zu bleiben. Für Rohstoffe verlangen die Entwicklungsländer internationale Marktordnungsregeln. Damit soll das Ergebnis der internationalen Einkommensverteilung korrigiert werden. Das ist die neue Weltwirtschaftsordnung, die sie uns vorschlagen.

Nun gibt es noch eine Entwicklung von grosser Tragweite. Das ist die Energieversorgung. Energie ist längst kein Sonderbereich der Wirtschaftspolitik mehr, den man ungestraft vernachlässigen kann. Seit der Mineralölkrise ist dies ja hinreichend bekannt. Energie entscheidet heute über unsere Beschäftigungslage und unsere Zahlungsbilanzen, über die Gesundheit unserer Währung und den Rhythmus der Preisentwicklung. Ich übertreibe nicht. Es ist tatsächlich so. Nehmen Sie den dramatischen Wertverfall des Dollars. Wie ist es dazu gekommen? Schuld war das riesige Handelsbilanzdefizit der USA. Doch dies kam nicht etwa deshalb zustande, weil die Wirtschaft der USA plötzlich nicht mehr

./...

leistungsfähig wäre. Dieses Defizit war die Folge der Preisrechnung, die die USA für Erdölimporte zu begleichen hatten. Das lag an den enorm gestiegenen Ölpreisen und das lag daran, dass die USA sich zu keiner verantwortlichen Energiepolitik entschliessen konnten. Sie haben sich nicht an die neue Lage angepasst.

Die Energiesituation hat nicht nur den Dollar geschwächt. Die ganze Weltwirtschaft und das Weltwährungssystem sind durcheinander geraten. Denken Sie daran, wie sich die Dinge in Deutschland entwickelt haben. Je billiger der Dollar auf den Devisenmärkten zu haben ist, umso teurer muss die DM eingekauft werden. Das verteuert die deutschen Exporte. Es wird schwieriger, deutsche Waren auf dem Weltmarkt abzusetzen. Doch Deutschland ist auf den Export angewiesen. Der deutsche Arbeitsmarkt hängt am Export. Jeder fünfte deutsche Arbeitsplatz wird vom Export gestellt. Wir können also sagen: der amerikanische Energieschlundriem gefährdet deutsche Arbeitsplätze. In den anderen Mitgliedstaaten der EG ist das sehr ähnlich.

Die Dollarschwäche hat auch noch andere Folgen. Sie behindert die Stabilisierungspolitik der EG. Denn die dauernden Dollarzuflüsse vermehren das Geldvolumen in den Mitgliedstaaten. Die Notenbanken kaufen Dollar und geben nationale Währung ab, um den Kurs zu stützen. Dadurch soll vermieden werden, dass die Exporte völlig ins Abseits geraten. Seit den ersten Dollarturbulenzen grösseren Ausmasses im März 1973 bis zum Jahresende 1977 haben die Notenbanken der wichtigsten Partner der USA mehr als 250 Milliarden Dollar aus dem Verkehr gezogen, um den Dollarkurs zu stützen. Man stelle sich einmal diese Summe vor. Damit wurde die europäische Inflation angeheizt. Wegen des Kursverfalls haben diese Dollarbestände natürlich nur noch einen Bruchteil ihres ursprünglichen Wertes.

Als Präsident Carter Anfang Januar in Brüssel war, haben wir ihm an diese Zusammenhänge erinnert und ihm unsere Besorgnis mitgeteilt. Wir haben ihm gesagt, dass die USA natürlich nicht beides haben kann. Amerika kann nicht erwarten, dass die Gemeinschaft einen Beitrag zur Belebung der Weltkonjunktur

leistet und gleichzeitig der Gemeinschaft die Grundlage für einen Wirtschaftsaufschwung entziehen.

Inzwischen haben wichtige OPEC-Länder noch deutlichere Worte gefunden. Saudi-Arabien und Kuwait haben erklärt, dass sie im Falle einer weiteren Dollarschwäche nicht mehr bereit sein werden, den Dollar als Zahlungsmittel für Öllieferungen zu akzeptieren.

Die Dollarmisere hat nämlich einen einzigen erfreulichen Aspekt. Er verbilligt die dollarfakturierten Öleinfuhren der Industrieländer, die für Dollar mit weniger nationaler Währung bezahlen müssen. Die Kehrseite ist natürlich, dass die OPEC für die Dollar, die sie verdient, weniger einkaufen kann. Das wollen sich diese Länder nicht länger bieten lassen. Sie wollen ihre Ölrechnung künftig in einer fiktiven Währungseinheit, die aus einem Bündel harter Währungen bestehen soll, ausschreiben. Die Folgen wären nicht abzusehen. Die Dollarschwemme würde dann natürlich noch grösser, der Aufwertungsdruck auf die harten Währungen, z. B. auf die DM, noch stärker. Daraus könnten sich Verzerrungen im Welthandelsgefüge ergeben, die die Wirtschaftspolitik vor neue, sicher noch schwierigere Probleme stellen.

Die USA haben dies eingesehen. Sie wissen, dass sie ihre Zahlungsbilanz nicht auf einem Trümmerhaufen der Weltwirtschaft sanieren können. Deshalb haben sie eine aktive Dollarpolitik zugesagt und inzwischen Vereinbarungen abgeschlossen, um die nötige Munition für ihre Devisenmarktinterventionen zu sammeln. Das Abkommen mit der Deutschen Bundesbank spielt dabei die wichtigste Rolle. Auf längere Sicht wird der Dollar aber seine Stabilität nur wiederfinden, wenn die USA ihre Handelsbilanz ins Gleichgewicht bringen. Ohne eine vernünftige Energiepolitik wird dies nicht gelingen.

Diese jetzt beschworene Konvergenz der Politik ist zu begrüßen. Weltweit ist aber schon seit einiger Zeit eine wirtschaftspolitische Annäherung ganz anderer Art festzustellen: Die direkten

Eingriffe, die Neigung zu Handelsbeschränkungen aller Art haben zugenommen. Weil alle die gleichen Schwierigkeiten haben, ist keiner für den anderen eine wirtschaftliche Stütze. Die Auslandsnachfrage ist schwach, die Exporte laufen nicht. Weltwirtschaftlich hat es eine allgemeine Kontraktion gegeben. Früher war der Welthandel fast doppelt so gross, als er jetzt ist. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten glaubt nun jeder in seinen eigenen vier Wänden am besten lösen zu können. Die Hürden für Importe werden höher gesetzt, damit zu Hause der Arbeitsmarkt entlastet wird. Das Grundmuster ist meist dasselbe: Lautstarkes Bedauern darüber, dass protektionistische Tendenzen die Überhand gewinnen und beinahe gleichzeitig die Förderung nach Schutz für diese oder jene Branche, die aus diesen oder jenen Gründen besonderen Schutz verdiente.

Dies ist natürlich genau der Punkt, bei dem überlegt werden muss, ob dies alles mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar ist. Nun muss ich offen sagen, dass die Gemeinschaft in Sachen Protektionismus selbst keine eindeutige Haltung eingenommen hat. An Überzeugenden Plädoyers für das Prinzip des freien Welthandels hat es zwar nicht gefehlt. Aber inzwischen hat es auch in der Gemeinschaft einige Flecken auf der weissen liberalen Weste gegeben. Ich will hier gar nicht den Versuch unternehmen, die Textil- und Stahlpolitik der Gemeinschaft als einen Beitrag im Kampf gegen Protektionismus zu rechtfertigen. Wir standen aber vor der Frage: Lassen wir den gemeinsamen Stahlmarkt platzen, oder beschliessen wir Eingriffe für eine begrenzte Übergangszeit. Es ging tatsächlich ums Ganze. Nur sollte niemand glauben, dass wir der liberalen marktwirtschaftlichen Ordnung deshalb abgeschworen hätten. Wir müssen im Augenblick aus der marktwirtschaftlichen Defensive heraus argumentieren. Diese Ordnung hat aber nach wie vor die besseren Argumente auf ihrer Seite.

Mit Protektionismus sollen Arbeitsplätze erhalten werden. Doch dies ist nur auf den ersten Blick einleuchtend. Protektionismus ist kein taugliches Instrument der Beschäftigungspolitik. Wer Schutz auf Dauer fordert, leistet der Volkswirtschaft keinen guten Dienst.

Eine Abschottung einzelner Märkte und Sektoren auf Dauer exportiert die Arbeitslosigkeit in andere Teile der Welt. Damit riskiert man natürlich Vergeltungsmassnahmen. Gleichzeitig beraubt man sich möglicher Kunden. Denn wer bei uns einkaufen soll, muss zuvor natürlich auch verdienen. Aber auch zuhause in der geschützten Volkswirtschaft leidet die Wettbewerbsfähigkeit. Die Vorprodukte kosten mehr. Der Strukturwandel funktioniert schlecht. Eine leistungsfähige Industriestruktur entsteht nun einmal nicht im Treibhaus des Protektionismus, sondern nur in der Bewährung, im frischen Wind der internationalen Konkurrenz. Für den Erfolg dieses Rezeptes können sie in Deutschland den Beweis antreten.

~~Protektionismus als Dauereinrichtung ist eine Torheit. Die europäische Gemeinschaft als grösster Welthandelspartner ist dabei in jedem Fall der Leidtragende.~~

Ich schildere diese Lage, diese Interessenzusammenhänge, damit Sie sehen, unter welchen Bedingungen in dieser Gemeinschaft heute Politik gemacht wird. Die Entwicklung im Welthandel und in der Weltwirtschaft bedeutet, dass gemeinsame Politik heute schwieriger ist. Doch damit muss die Gemeinschaft fertig werden. Die Sanierung der Zahlungsbilanzen, die Lösung unserer Beschäftigungsprobleme und der Dollarkrise ist durch Protektionismus nicht zu schaffen. Dann bleibt aber nur der Weg über die Solidarität der freien Völker. Deshalb werden wir in der Gemeinschaft das ordnungspolitische Grundprinzip des Wettbewerbs und der freien unternehmerischen Entscheidung nicht aufgeben. Wir müssen im kommenden Jahr alles daran setzen, um nicht weniger sondern mehr Liberalismus zu ermöglichen." Wir müssen wieder Schrittmacher der internationalen Arbeitsteilung und des freien internationalen Austausches werden. Ein wichtiger Schritt in dieser Richtung wäre es, wenn wir die Verhandlungen im GATT dieses Jahr zu einem erfolgreichen Abschluss bringen könnten.

Dazu gehört auch, dass die Gemeinschaft hinauswächst über das bisherige Neuner-Europa. Deshalb unterstützen wir die Erweiterung der Gemeinschaft. Denn wir wissen: Die europäische Zukunft kann nur mit einer Vorwärtsstrategie gewonnen werden.

Die Ausweitung der Gemeinschaft um 3 neue Mitgliedstaaten wird allerdings kein Spaziergang sein. Das darf niemand überraschen. Es war von vornherein klar, dass dieser Schritt Auswirkungen auf die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten haben würde. Doch sind wichtige Vorentscheidungen bereits gefallen. Die Frage ist nicht mehr, ob die Gemeinschaft eine neue Erweiterung will, sondern wie diese Ausweitung durchgeführt werden soll. Das wird eine Rolle bei den Stellungnahmen spielen, die die Gemeinschaft in diesem Jahr zu den Beitrittsanträgen Portugals und Spaniens abgeben muss.

Wie so oft bereiten Agrarfragen die grössten Schwierigkeiten. Griechenland und vor allem Spanien sind leistungsstarke Konkurrenten der Landwirte in Frankreich und Italien. Die französischen und italienischen Bauern befürchten, bei Obst, Gemüse und Zitrusfrüchten nicht mehr mithalten zu können, wenn erst der Zutritt zum gemeinsamen Agrarmarkt offensteht. Sie bangen auch um die Aufrechterhaltung der bisherigen Absatzgarantien. Denn im Falle des Beitritts könnte dieses System sehr teuer werden. Diese Sorgen sind nicht unbegründet. Deshalb verlangen Frankreich und Italien zunächst einmal Sicherungen für ihre eigenen Landwirte. Darüber müssen wir uns in diesem Jahr schlüssig werden. Das wird nicht einfach sein. Aber es bleibt nicht viel Zeit. Griechenland drängt auf eine Beschleunigung der Gangart. Nach seinen Vorstellungen sollten die 1976 begonnenen Verhandlungen Ende dieses Jahres

abgeschlossen werden. Doch wir sollten wissen: Die Bedingungen, die wir Griechenland jetzt anbieten, werden wir Spanien und Portugal später nicht verweigern können. Das Drängen der Griechen ist verständlich. Für ihren Beitrittsantrag waren überwiegend politische Gründe massgebend. Eine Verzögerung der Verhandlungen könnte die Erwartungen enttäuschen und uns um den politischen Ertrag dieses Schrittes bringen. In Griechenland mehren sich bereits die Stimmen, die den Beitritt ablehnen.

Wenn das politische Ziel erreicht werden soll, muss der Beitritt ein Erfolg werden. Anstrengungen auf beiden Seiten sind nötig. Auch die Gemeinschaft muss im eigenen Haus die nötigen Voraussetzungen schaffen. Dazu gehört eine stabile Wirtschaftsentwicklung. Dazu gehört auch eine erfolgreiche Energiepolitik. Über die Bedeutung der Energieversorgung haben wir schon gesprochen. Wer das Ziel einer stabilen Gemeinschaft im Auge hat, kommt um eine gemeinsame Energiepolitik nicht herum. Schon der innere Markt kann ohne gemeinsame Vorstellungen in diesem Bereich kaum funktionsfähig erhalten werden. Auf diesen inneren Zusammenhalt kommt es aber an, wenn wir die Aufgaben im Aussenbereich meistern wollen. Wie sollte eine Gemeinschaft, die im Inneren durch Wettbewerbsverzerrungen entzweit ist, die Aufgabe lösen können, drei noch in der Entwicklung begriffene Volkswirtschaften aufzunehmen? Die energiepolitische Leichtfertigkeit der USA sollten wir uns in Europa auch deshalb nicht leisten. Wir brauchen zweierlei: Wir müssen uns erstens den verschwenderischen Umgang mit Energie abgewöhnen und rasche Fortschritte bei der Energieeinsparung machen. Und wir müssen zweitens eigene und vor allem neue Energiemöglichkeiten erschliessen. Nur so können wir die Stabilität und Kontinuität unserer Energieversorgung ohne Beeinträchtigung des Gemeinsamen Marktes sichern.

All diese Aufgaben sind zu schaffen. Wir haben das letzte Jahr vielleicht nicht mit Glanz, aber doch mit bemerkenswertem Anstand gemeistert. Auch das musste unter schwierigen Bedingungen geleistet werden. Wir haben Resultate erzielt, die man vorzeigen kann:

- Wiederaufnahme der Arbeiten an der Wirtschafts- und Währungsunion
- Schaffung einer Gemeinschaftsanleihe von 1 Mrd. RE zur Förderung der Investitionen, insbesondere im Energiebereich
- Verwirklichung des Systems der Eigenfinanzierung der EG ab 1978

- Beschluss über den Sitz und damit die Verwirklichung des JET-Projekts
- Schaffung eines neuen Regionalfonds über 1,85 Mrd. RE
- Bewahrung des Gemeinsamen Marktes durch die Stabilisierung des Stahl- und Textilbereiches
- Eröffnung der Beitrittsperspektive für Portugal und Spanien
- Gemeinschaftliches Vorgehen im Nord/Süd-Dialog und bei der KSZE-Folgekonferenz
- Erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen mit Kanada zur Wiederaufnahme der Belieferung der Gemeinschaft mit Uran.

Wir dürfen das neue Jahr zuversichtlich beginnen.

1978 wird in Europa auch ein Jahr der Bewährung für Liberalität, Toleranz und Vernunft sein. Die jüngsten Ereignisse in der Bundesrepublik - ich nenne nur Mogadischu und Stammheim - haben gerade in Brüssel besondere Aufmerksamkeit erregt. Das kann nicht überraschen. Nicht nur weil wir Deutsche eine besondere Vergangenheit haben. Das Bild der Deutschen wie jeder Nation wird eben mitgeprägt durch das Maß der vorhandenen Freiheitsrechte. Und unser Ansehen im Ausland beeinflusst unsere außenpolitische Handlungsfähigkeit und damit letztlich auch unsere Sicherheit.

Die Terroranschläge und die deutsche Reaktion darauf haben außerhalb unserer Grenzen erregte Kommentare und manchmal extreme Kritik hervorgerufen. Wir sollten darauf gelassen reagieren, denn Panik ist kein guter Ratgeber.

Lassen Sie sich also nicht einreden, unsere Gesellschaftsordnung sei wegen der Terroranschläge schlechter als anderswo. Terrorismus gibt es schließlich auch in Italien, in Nordirland, in Korsika, in der Bretagne, um nur einige Beispiele zu nennen. Und wir haben in den letzten Jahren eine Menge erreicht, auf das wir stolz sein können: Unsere Studenten sind in die Universitäten zurückgekehrt, ohne daß wir wie Frankreich einen Mai 1968 erlebt hätten. Wir haben zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Beziehungen, um die uns viele beneiden, und es gibt keinerlei Anlaß, die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition heute zu verstecken. Auch gegenüber unseren europäischen Nachbarn haben wir also keinen Grund zu Niedergeschlagenheit oder Selbstisolierung.

Aber jetzt kommt es darauf an, auf die jüngsten Ereignisse richtig zu reagieren: ohne Schwäche, aber auch ohne Übertreibung.

Ohne Schwäche, das bedeutet: Wir brauchen eine modern ausgerüstete und entschlossen handelnde Polizei, und wir müssen für eine strikte Anwendung der geltenden Gesetze sorgen.

Denn ohne die Schlamperie in Stammheim hätte manches vermieden werden können. Es geht schließlich nicht an, daß wir uns von einigen Desperados zum Narren halten lassen.

Ohne Übertreibung reagieren, das heißt gerade jetzt Toleranz, Vernunft und Augenmaß bewahren. Bilden wir uns nicht ein, daß dies Selbstverständlichkeiten seien. Wir Europäer in unserem scheinbar so geordneten fortgeschrittenen demokratischen Staatswesen leben gefährlich. An den Rändern unserer Gesellschaft wirken die Kräfte der Irrationalität, der Gewalt des Terrorismus. Sie sind mörderisch, noch haben sie aber politisch kein Gewicht. Sie werden auch kein Gewicht erlangen, wenn wir, die Liberalen, dessen eingedenk sind, wofür wir eintreten. Die Freiheit des Menschen ist ein kostbares Gut, keine Selbstverständlichkeit. Die Zivilisation der Gesellschaft ist etwas, was jede Epoche neu erringen und neu entscheiden muß. Die Toleranz ist das Ergebnis eines langen geschichtlichen Prozesses. An diese Werte müssen wir uns erinnern, über den Tag hinaus. Mit ihnen müssen wir den Bürger in Deutschland und in Europa vertraut machen. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der uns vereinfachende Schablonen drohen, der Schrei nach kurzem Prozess, der Abbruch des Gesprächs mit dem Andersdenkenden, gerade jetzt gilt es Liberalität zu zeigen.

So wie die strukturellen Schwierigkeiten unserer Wirtschaft nicht kuriert werden können durch eine Flucht in den Protektionismus, so wenig können wir den Terrorismus durch Beschränkung der Bürgerfreiheiten heilen. Es geht vielmehr darum, die Täter und ihre möglichen Anhänger zu isolieren - eine Atmosphäre zu schaffen, die weitere Angriffe auf unsere Gesellschaftsordnung als letztlich sinnlos erscheinen läßt. Schon Thomas Dehler hat gesagt: "Wir haben eine freiheitliche Verfassung, aber es kommt darauf an, daß wir auch in der Verfassung der Freiheit leben."

Deshalb möchte ich wiederholen: Bewahren Sie ruhig Blut!

Gerade Liberale müssen den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen, auch und erst recht in einem Jahr der Landtagswahlen.

Natürlich gibt es kein Patentrezept. Das haben weder wir noch andere politische Parteien. Vielleicht werden wir auch noch einige Schlachten gegen den Terrorismus verlieren. Aber ich bin sicher, daß wir den Krieg am Ende gewinnen werden. Jedenfalls dann, wenn es gelingt, die Idee des freiheitlichen Rechtsstaates als die Grundlage unserer Existenz in das helle Bewußtsein der Bürger zu rücken. Indem wir dies hier in der Bundesrepublik tun, geben wir ein Beispiel auch für Europa.
